

Befragung des Deutschen Städtetages zu Flüchtlingsthemen

Antworten des Oberbürgermeisters Jochen Partsch, Stadt Darmstadt

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt hat ca. 2 500 Flüchtlinge in Darmstadt in Notunterkünften aufgenommen. Aktuell leben ca. 3 800 Menschen mit Fluchterfahrungen in der Stadt.

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

Seit Mitte Oktober werden keine Flüchtlinge in Darmstadt mehr in Zelten untergebracht. Alle Flüchtlinge leben in festen Gebäuden. Für die Notunterkünfte nutzen wir zwei Sporthallen und ein Bürgerhaus. Darin leben Stand heute 760 Menschen. Bis Oktober 2015 waren alle unserer Stadt zugewiesenen Flüchtlinge/Asylbewerber dezentral in Hotels/Pensionen oder Wohnungen untergebracht. Aufgrund der hohen Zuweisungszahlen bringen wir Flüchtlinge seitdem auch in sogenannten Erstwohnhäusern unter.

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

Wir haben leerstehende Gebäude der Bundeswehr und der 2008 abgezogenen US-Armee hergerichtet und darin Flüchtlinge untergebracht sowie die genannten Hallen als Notunterkünfte genutzt. Bisher reichen die Gebäude, die wir herrichten konnten oder zur Verfügung gestellt bekamen, aus, um alle Flüchtlinge winterfest unterzubringen.

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

In der Wissenschaftsstadt Darmstadt gibt es eine positive Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen, dies drückt sich u.a. in einer sehr hohen Engagementbereitschaft aus. Der Magistrat informierte bereits in über 10 Informationsveranstaltungen über die aktuelle Lage und die nächsten Schritte. An diesen Veranstaltungen haben über 4 000 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen. Wir erleben eine hohe Zustimmung der Bürgerschaft in Bezug auf die Aufnahme der geflüchteten Menschen und den Umgang der Verwaltung und der Politik mit dieser Herausforderung. Die Hilfsbereitschaft unter den Bürgerinnen und Bürgern ist in den letzten Monaten mit der steigenden Zahl an asylsuchenden Menschen in Darmstadt weiter gestiegen, über 1.000 Menschen haben sich beispielsweise in der Datenbank des Freiwilligenzentrums für ehrenamtliche Flüchtlingshilfe registriert. Außerdem gibt es sehr viele Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich als Sprachmittlerinnen engagieren, häufig haben diese Sprachmittlerinnen eine eigene Migrationsgeschichte. Vereinzelt gibt es auch kritische Stimmen aus der Bürgerschaft, diese betreffen vor allem Fragen in Bezug auf die Sicherheit im Quartier, die ungleiche Verteilung der Flüchtlinge in der Stadt und Integrationsmöglichkeiten.

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

Der Magistrat arbeitet mit Hochdruck daran, weitere Immobilien zur Unterbringung von Flüchtlingen zu finden und herzurichten. Die grün-schwarze Koalition wird ein massives Wohnbauförderungsprogramm auflegen, hierfür wurden 25 Mio. Euro für Grundstückserwerb etc. in die Rücklage gegeben. Bis 2020 sollen 10 000 zusätzliche Wohnungen geschaffen werden.

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?

Alle zugewiesenen Flüchtlinge werden umfassend sozialpädagogisch betreut und es werden Maßnahmen zur Integration in Ausbildung und Arbeit und zur Vermittlung in eine eigene Wohnung angeboten. Das gilt teilweise auch für die Menschen in den Erstaufnahmeeinrichtungen und in den Notunterkünften. Überall wird sozialpädagogische Betreuung sichergestellt und werden beispielsweise Deutschkurse oder andere Freizeitaktivitäten (Sport, Handarbeiten, Kinderbetreuung etc.) angeboten und durchgeführt.

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

In der Unterbringung der asylsuchenden Menschen.

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Die staatlichen Ebenen, die aktive Bürgerschaft und die kommunalen Akteure müssen koordinierter und abgestimmter handeln. Dazu sollte man sich die positiven Erfahrungen der Bund-Länder-Initiative Soziale Stadt zu nutze machen und ein entsprechendes Bund-Länder-Programm zur Integration auflegen.